

10.11.2023

Anzahl der Pflegebedürftigen im Land Bremen steigt nur gering bis 2030

Erster Landespflegebericht in Bremen vorgestellt

Wie steht es um die Pflege im Land Bremen? Können 2030 noch alle Menschen versorgt werden, die auf Unterstützung in ihrem Alltag angewiesen sind? Diese Fragen beantworten Prof. Dr. Heinz Rothgang, Thomas Kalwitzki und Benedikt Preuß (alle SOCIUM, Universität Bremen) im ersten offiziellen „Landespflegebericht Bremen 2023,“ den sie gemeinsam mit Dr. Johanna Krawietz (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V) im Auftrag der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration vorgestellt haben.

Jeder sechste Mensch in Deutschland wird derzeit im Laufe seines Lebens pflegebedürftig und ist damit in seinem Alltag auf Unterstützung angewiesen. Neben der Pflege durch Angehörige stellen beispielsweise ambulante Pflegedienste und Pflegeheime die Versorgung pflegebedürftiger Menschen sicher. Um diese Versorgung zu garantieren, sieht die Gesetzgebung eine langfristige Planung von ambulanten und (teil)stationären Einrichtungen vor. Der vorgelegte Landespflegebericht bildet die Grundlage für diese Planung, indem er nicht nur die Bevölkerungsentwicklung und die gegenwärtige Pflegeversorgung in Bremen aufzeigt, sondern diese auch den aktuellen und zukünftigen Bedarfen gegenüberstellt. Dazu analysierten die Wissenschaftler Daten aus den Jahren 2015-2022, auf deren Grundlage sie auch Entwicklungen bis 2030 berechnen können.

Für die allgemeine Bevölkerungsentwicklung stellen die Forscher ähnliche Tendenzen in Bremen und Bremerhaven fest. So wird es zwar in beiden Städten bis 2030 zu einem deutlichen Rückgang in der Altersgruppe der 30-66-Jährigen und einem großen Anstieg der Gruppe der 67-79-Jährigen kommen, der Anteil der über 80-Jährigen sinkt hingegen. Innerhalb der älteren Bevölkerung kommt es insgesamt also zu einer Verjüngung. In Hinblick auf die pflegerische Versorgung ist insbesondere die Altersgruppe 80+ relevant, da hier die Wahrscheinlichkeit pflegebedürftig zu werden am größten ist.

Ältere Stadtteile werden jünger, jüngere Stadtteile werden älter

Ein besonderer Fokus des Berichtes liegt auf dem Vergleich der Bremer und Bremerhavener Stadtteile hinsichtlich ihrer Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung der Pflegebedürftigkeit. Hier zeigen sich große Unterschiede. In der Stadt Bremen sind die Stadtteile Oberneuland und

Horn-Lehe sowie in Bremerhaven die Stadtteile Surheide und Mitte verhältnismäßig alt, die Bremer Stadtteile Östliche Vorstadt und Walle und die Stadtteile Lehe und Geestemünde in Bremerhaven sind vergleichsweise jung. Diese Unterschiede werden sich aber in den nächsten Jahren angleichen, da die „alten“ Stadtteile jünger, und die „jungen“ Stadtteile älter werden. Doch hier gibt es Ausnahmen: der Bremer Stadtteil Obervieland ist beispielsweise bereits jetzt deutlich älter als der Durchschnitt und wird bis 2030 noch weiter altern.

Die Zahl der Pflegebedürftigen stieg zwischen 2015 und 2021 im Land Bremen, wie im gesamten Bundesgebiet, stark an. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung liegt die Zahl der Pflegebedürftigen in Bremen damit nah am Bundesdurchschnitt. Aber auch hier sind deutliche Unterschiede zwischen den Bremer Stadtteilen zu erkennen: während in Burglesum oder Obervieland in 2021 mehr als 70 Pflegebedürftige je 1.000 Einwohner:innen lebten, waren es in der Östlichen Vorstadt ca. 33. Auf der Grundlage von Daten über Empfänger:innen von Pflegegeld und/oder Pflegesachleistungen durch ambulante Pflegedienste können die Wissenschaftler abschätzen wie sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen zukünftig im Land Bremen entwickelt. Dabei überrascht: zwischen 2021 und 2030 wird die Zahl der Pflegebedürftigen nur minimal um ca. 1.000 Personen steigen. Die unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen in den Stadtteilen wirken sich auch auf die benötigte Versorgung aus: während in Stadtteilen wie Huchting und Burglesum, die jünger werden, die Anzahl an Menschen, die auf Pflegegeld oder Pflegesachleistungen angewiesen sind, zurück geht, steigt ihre Anzahl in anderen, „alternden“ Stadtteilen wie Walle und der Östlichen Vorstadt um mehr als 20 % an.

Versorgungslage verschlechtert sich

In ihrem Bericht stellen die Bremer Wissenschaftler auch die Entwicklung der Versorgungssituation in Bremen dar und vergleichen die Versorgung mit anderen Bundesländern. Dabei stellen sie fest: im Land Bremen zwischen 2015 und 2021 sind die Versorgungsgrade (Plätze je Pflegebedürftige) der meisten Leistungsangebote deutlich zurückgegangen. Die Versorgung im ambulanten Bereich (inkl. Tagespflege) ist im Bundesvergleich zwar überdurchschnittlich, im stationären Bereich liegt der Versorgungsgrad hingegen unter dem Bundesdurchschnitt. Besondere Versorgungslücken bestehen im Bereich der Kurzzeitpflege. In Bremen und Bremerhaven unterscheidet sich die Versorgung zwischen den Stadtteilen deutlich. Pflegeheime sowie ambulante Pflegedienste liegen in den beiden Städten meist in zentralen, jüngeren Stadtteilen und damit nicht dort wo der Bedarf besonders hoch ist. Beim großen Thema Personalmangel in Pflegeheimen liegt Bremen hingegen insgesamt im Durchschnitt, wobei es im Vergleich zu anderen Bundesländern einen höheren Bedarf an Pflegefachkräften gibt, dafür aber einen geringeren Bedarf an Assistenzkräften.

Für die Zukunft empfehlen die Wissenschaftler eine zweijährige Berichterstattung, um demographische Veränderungen festzuhalten und eine angemessene Pflegeplanung zu garantieren. Zudem sollten Versorgungslücken in weniger zentralen Stadtteilen gefüllt werden, indem das stationäre beziehungsweise ambulante Angebot ausgeweitet wird. Um dem Personalmangel in der Pflege zu begegnen, heben Prof. Rothgang und seine Kollegen die

Notwendigkeit hervor, den Beruf attraktiver zu machen, indem die Arbeitsbedingungen und Bezahlung besser werden. Auch ein neues [Konzept zu Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung](#), das aktuell in der Arbeitsgruppe des Bremer Professors entwickelt wird, soll zukünftig dabei helfen, den Einsatz von Pflegepersonal zu verbessern.

Im zweiten Teil des Landespflegeberichts, der durch die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V. (LVG & AfS) erarbeitet wurde, wird die Entwicklung und die aktuelle Situation in Hinblick auf pflegeunterstützende Maßnahmen und offene Altenhilfe wie ehrenamtliche Angebote im Bereich Betreuung und Beratung dargestellt.

Der vollständige Bericht kann auf der [Website](#) der Pressestelle des Senats heruntergeladen werden.

Text: Maren Emde und Benedikt Preuß

Kontakt:

[Prof. Dr. Heinz Rothgang](#)

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 3

28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-58557

E-Mail: rothgang@uni-bremen.de